

Sächsische Volkszeitung

Bezugspreis: Dresdner Zeitung 10 Pfennig A mit illustriertem Beilage 12.75 M. Ausgabe B 11.25 M.
einfachlich Volkszeitung. Preis der Einzelnummer 10 M.

Die sächsische Volkszeitung erscheint an allen Wochenenden nach. — Sprechstunde der Redaktion: 5 bis 6 Uhr nachm.

Anzeigen: Annahme von Geschäftsanzeigen bis 10 Uhr von Samstagsanzeigen bis 11 Uhr vor. — Preis für die Zeitung-Spalte aller Anzeigen 1.40 M. im Tellermittel 3.50 M. — Alle unmittelbar geschriebene sowie durch Fernsprecher aufgegebene Anzeigen können wie die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit des Textes nicht übernommen werden.

Chilenisch-bolivianischer Zwist in der Völkerbundversammlung

Gens., 7. September. Zu Beginn der heutigen Völkerbundversammlung verlangte der Delegierte für Chile Edwards das Wort, um energetisch gegen den Antrag der bolivianischen Delegation, um Einspruch zu erheben, daß der Artikel 19 des Paktes auf den Vertrag zwischen Bolivien und Chile vom Jahre 1904 Anwendung finden sollte. Der Artikel sieht vor, daß die Versammlung einer Prüfung unterziehen kann. Der chilenische Delegierter erklärte, daß seine Regierung sich der Einberufung des Antrages in die Tagesordnung der Völkerbundversammlung widersetze. Der Völkerbund sei nicht zuständig. Es würde durch ein derartiges Vorbringen einen gefährlichen Pragmatismus entstehen. Es bestände dann Gefahr, daß man auch die Revision der Friedensverträge ausführen könnte. Die lebenshafthafte Ausführungen des chilenischen Delegierten wurden von der Versammlung rubig aufgenommen. Die französischen Delegierten gaben deutlich ihre Zustimmung zu erkennen.

Darauf verteidigten die beiden bolivianischen Delegierten Armasia und Gómez in längeren Ausführungen den Standpunkt ihrer Regierung. Armasia führte aus, daß das Ziel der bolivianischen Regierung die allgemeine Prüfung dieser Frage sei. Der Vertrag sei nicht auf gegenseitiger Übereinkunft begründet, sondern durch Druck erzielt. Der Vertrag sei unbedenklich und böte auch nicht durchgeführt werden. Bolivien solle jahrelang das Weigern der Niederlage tragen und wende sich nun an den Völkerbund, nicht um eine Wiederaufnahme zu erlangen, sondern um Gerechtigkeit zu fordern. Die Versammlung könne ihre Zustimmung nicht leugnen, wenn sie ihre eigene Existenzberechtigung nicht aufzuheben wolle. Bolivien verlange nur eine Prüfung, nämlich die, ob die Versammlung zulässig sei oder nicht. Eine Kommission würde am besten eine Klärung der Angelegenheit herbeiführen. Der zweite bolivianische Delegierte Gómez gab nähere Einzelheiten über das Vertragsverhältnis.

Der chilenische Delegierte erwiederte darauf, daß eine Kommission nach der Geschäftsordnung nicht zulässig sei, da bei solchen Fragen die Abstimmung in der Versammlung erfolgen müsse. Er sei aber mit jedem anderen Verfahren einverstanden, daß den Delegierten Gelegenheit geben könnte, sich einen Überblick zu verschaffen. Er erhebe Einspruch dagegen, daß die Frage auf die endgültige Tagesordnung gelegt werde.

Präsident von Hornebeck stimmte dieser Aussichtslosigkeit und schlug vor, daß die Ausführungen der chilenischen und bolivianischen Delegierten gebündigt verteilt werden sollten, um der Versammlung Gelegenheit zu reiflicher Überlegung zu

geben. Die Entscheidung könne dann in einer späteren Sitzung dieser Tagung erfolgen. Da sich kein Widerstreit in der Versammlung geltend mache, erklärte der Präsident den Antrag als angenommen.

Damit ist der Zwischenfall vorläufig erledigt, der die größte Spannung hervorgerufen hatte infolge der grundsätzlichen Bedeutung späterer Anwendbarkeit. Nach Annahme der vorläufigen Tagesordnung und Feststellung des Aufgabenbereichs wurde die Sitzung gegen 12.30 Uhr geschlossen. Gente nachmittags treten die ersten drei Kommissionen zusammen.

Gens., 7. September. Der Konflikt zwischen Bolivien und Chile in der heutigen Sitzung der Völkerbundversammlung wurde verlegt. Die Delegierten beider Staaten hatten Vertrauen der Presse zu sich gegeben, um ihnen nochmals mit etwa denselben Argumenten ihren Standpunkt darzulegen. Auf die Frage, ob man im Falle einer Nichtberücksichtigung ihres Antrages die bolivianische Delegation an dem Völkerbund zurückziehen werde, erhielten die Delegatentreter die Antwort, daß die Delegation auf jeden Fall der Zustimmung ihrer Regierung folgen werde.

Tagung der Ausschüsse

Gens., 7. Sept. Die erste Kommission des Völkerbundsausschusses, die sich mit konstitutionellen und juristischen Fragen zu beschäftigen hat, lädt heute nachmittag unter Vorsitz von Scialo-Vallen ihre erste Sitzung ab. Das Völkerbundsekretariat gab am Abend folgende Mitteilung über diese erste Sitzung aus: Nach einer allgemeinen Diskussion über den Bericht, den der Ausschuß für Vakuumänderungen dem Völkerbund vorgelegt hatte und der verschiedene Tagungen im Laufe des letzten Jahres vorausgegangen, beschloß der Ausschuß, die verschiedenen Interessenten in diesem Bericht behandelten Probleme unter verschiedenen Unterausschüssen zu verteilen. Diese Unterausschüsse werden vom Präsidenten ernannt werden, denen auf Vorschlag Lord Faulkes-Cable-Dauernat beigeordnet wird. Zuhörer in seiner Tätigkeit bisher in wichtiger Weise an allen Arbeiten des Ausschusses für Vakuumänderungen teilgenommen. Ein fünfzehnköpfiger Ausschuss über die Ausarbeitung des Art. 18 des Paktes zu beraten. Endlich beschloß der Ausschuß, den Antrag der argentinischen Delegation abzulehnen, wonach alle selbständigen Staaten auf ihre Verträge in den Völkerbund aufzunehmen werden sollen, wobei der Ausschuß jedoch keine Einvalide für die idealen Beweggründe des Antrages anspricht.

Gens., 7. Sept. Der zweite Ausschuß der Versammlung des Völkerbundes, der sich mit den sozialen Organisationen zu beschäftigen hat, hat heute nachmittag 4 Uhr zusammen. Es tritt auf Vorschlag des Präsidenten Josefa-Ramón-Antón-Papalot über die ihm anvertrauten Arbeiten zusammen. Antón-Papalot wird über die Verkehrs- und Handelsfragen, Horváth-Schmitz über die Wirtschafts- und Finanzfragen, Biembra-Chile über Gewerbeleitungen und Ferrell-Italien über Statistik Bericht erläutern.

Die Verhandlungen der Reichsregierung mit Bayern

(Eigener Drahtbericht der "Sächs. Volkszeitung")

Berlin, 8. Sept. In der Reichskanzlei begannen gestern die Verhandlungen der Reichsregierung mit der bayerischen Delegation. Entgegen der Schwierigkeit des Verhandlungsgeschehens wurde gleich zu Beginn der Verhandlungen strenge Sichtbarkeiten über diese vereinbart. Es verlief mit Bestimmtheit, daß lebhaftig das eifrigste Bemühen an den Tag gelegt wird, die heile Lage schnellstens und gründlich zu lösen.

Der Reichskanzler zur bayrischen Frage

London, 7. September. Reichskanzler Dr. Wirth erklärte in einer Unterredung mit dem Berliner Korrespondenten der "Daili Mail", er befürchte für den Augenblick nicht einen monarchischen Staatsstreich, man müsse jedoch immer auf der Hut sein. Nicht alle Bayern seien Monarchisten und nicht alle Monarchisten seien Bayern. Dr. Wirth sagte, es sei entslossen, mit Bayern keinen Streit zu haben. Bayern sei ein Land, das immer ein starkes soziales Unabhängigkeitsgefühl hatte. Bayern werde jedoch seiner Ansicht nach schließlich nachgeben, wie es dies ja auch in der Entwaffnungs- und Einwohnerverwaltung getan habe. Der Reichskanzler erklärte außerdem, wenn die Mark noch weiter falle, so könne schließlich die Zeit kommen, wo die Welt erkennen werde, daß die Grenze der Zahlungsfähigkeit Deutschlands erreicht worden sei. Darauf müsse vermehrt auch der Willen des Volkes eingesetzt werden. Umgehend Tendenz auf der einen Seite und unüberholbare Reaktionstendenz auf der anderen Seite seien eine politische Unmöglichkeit. Bei dem Streit um Monarchie und Republik halte er die ganze Problemstellung für falsch. Dass heute in absehbarer Zeit in Deutschland nicht an eine Monarchie gedacht werden könne, sei Gemeingut von 80 Prozent des deutschen Volkes. So weit er die Dinge übersehe, sei eine Einigung über die Aufgaben, die demnächst im Reich und in Preußen bevorstehen, auf breiter Front in durchaus sozialdemokratischem Sinne sehr wohl möglich. In den nächsten Wochen habe für die deutsche Zukunftsentwicklung großes bevor. Möglicherweise ein schweres Geschick finden.

Die Befreiungssteuergesetz

(Eigener Drahtbericht der "Sächs. Volkszeitung")

Berlin, 8. Sept. Heute vormittag wird der Arbeitsausschuss des vorläufigen Reichswirtschaftsrats zur Bearbeitung der Befreiungssteuergesetz eine Sitzung abhalten. Zusammenfassung des Ausschusses über die Vermögenssteuererleichterung an den Kriegsveteranen.

Ein Reichshilfsfonds für Rentner?

Berlin, 7. September. Der Deutsche Rentenfond hat an den Reichstag eine Eingabe gerichtet, in der er mit Nachdruck auf die Not unter den Rentnern hinweist und den Reichstag bittet, einem Gesetzentwurf betreffend Schaffung eines Reichshilfsfonds für alte oder erwerbsunfähige Rentner die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Die Erhöhung der Eisenbahntarife

(Eigener Drahtbericht der "Sächs. Volkszeitung")

Berlin, 8. September. Im deutbar längster Zeit soll eine Erhöhung der Eisenbahntarife durchgeführt werden, und zwar ist in Aussicht genommen worden, die Erhöhung der Gütertarife zum 1. November, die der Personentarife zum 1. Dezember zur Durchführung zu bringen. Bei der Höhe der zur Verhöhung stehenden Zeit würden die Tarifmaßnahmen vorwiegendlich im Wege eines rohen Zuschlags von 30 Prozent durchgeführt werden.

Wie stehen wir?

Wenn wir unsere heutige innerpolitische Situation uns vergegenwärtigen, so können wir eine auffallende Ähnlichkeit mit der seinerzeit nach dem Kapp-Putsch geschaffenen Lage beobachten: heute wie damals eine starke Wärung, ein Auschlag der Stellung nach links und damit schwache Auswirkungen auf unsere gesamtpolitischen Verhältnisse. Was in langer, oft sehr mühsamer Arbeit im letzten Jahr im Innern geschaffen und erreicht wurde, ist nun mit einem Male wieder in Frage gestellt. Eine ungünstige Neuvalisierung erlaubt die Lüge durch die Verschlechterung der Wirtschaftslage, wie sie durch die Tumulte, durch entzündeten Nationalismus der deutschen Partei, durch die Wohl- und Gehaltsbewegungen der erwerbstätigen Schichten und dergleichen sich herausgebildet hat. Wie sind politisch und wirtschaftlich wieder einmal an einem kritischen Punkt angelangt.

Mit großer Sorge muß man den demokratischen Reichstagverhandlungen entgegensehen. Gerade in einem Angleich, in welchem wir am wenigsten innere Schwierigkeiten gebrauchen können, können sich die Drogen handeln. Nicht genug damit, daß die Belastung noch innen mit den neuen Steuervorlagen alle unsere Kräfte in Anspruch genommen haben würde, und durch die auf Erzberger gerichteten Schüsse Entwicklungen in einer Entlastung gebracht werden, die nach seinerzeit kaum möglich waren inzwischen wieder fast völlig zur Ruhe gekommen war. Wir deuten daher insbesondere an die volkliche Abschlusmachung der sozialistischen Arbeiterschaft in Südwürttemberg und Baden schweizende der bisher austreibenden Elemente. Wie immer man die Dinge betrachten mag, soviel ist sicher, daß der Bürgermeister nichts Schlimmeres passieren könnte, als der tatsächliche Zusammenschluß der Arbeiterschaften mit den Abhängigen zu einer geschlossenen Linie. Was abbrechende Verhandlungen und Entwicklungen nicht vermöchten, was alles Scheidemasse und seine Gruppe nicht zuwege brachten, das erreicht nunmehr als Folge des Erzberger-Putsches in der politischen Arena. Hier haben wir wieder eine mögliche Schneeballwirkung an die Folgen des seinerzeitigen Kapp-Putsches. Das mal aber ist durch die innere Heimlichkeit der tatsächlichen Zusammenkünfte der Sozialen zu einer Einheitsfront nicht zu handeln gekommen. Niemals gibt man sich aber als evident klüge, dieser Einsicht die Wege zu bahnen und das Werk ist: Sicherhaltung der "sozialen revolution".

Seit Jahr und Tag geht das Bemühen der vorigen beiden Kommissionen darum aus, das Abseilen der Brüderstaatshilfekontrollen, die sich unter Preisgabe aller ihrer vordem vertretenen Vorhaben doch um großen Zeitaufwand gemacht haben, zu dem Brüderstaatsumme der Industrie einzurichten. Die Sozialdemokraten werden Regierungspartei und wenn sie auf den genannten Themen in Aktion treten, so muss doch gezeigt werden, daß ein klarer Willen zu praktischer Arbeit von dieser Partei ausgegangen ist. Man hat oft genug Gelegenheit gehabt, zu beobachten, wie schwer es den Sozialdemokraten geworden ist, ihre ehemaligen Theorien in nüchterner Praxis umzusetzen. Das ehemalige "Programm" der Sozialdemokraten hat nicht nur Stärke und Weichen erhalten, sondern es ist in seinen Grundzügen vollständig zerstört worden. Das ehemalige Programm war darauf eingestellt, daß die Sozialdemokratie zur sozialen und völkerlichen Einheit verurteilt sei, und daß ihre Aufgabe in nichts anderem als in der Ausarbeitung der Klassenunion liege. Nun, zur Verantwortlichkeit gelangt, nach die Sozialdemokraten ein neues Programm, das keinen, und der laufende Kämpfer Partei wird zu über die Grundlinie die Verhinderung zu treten haben.

Die große Wehr, die in der Radikalisierung der Arbeiterschaftsdemokratie zwangsweise einer Zusammenfassung mit den Unabhängigen für das gesamte Volksein ist, ergibt sich, was nicht nur die Arbeiterschaft, sondern auch die gesamte Bevölkerung, die demokratische Parteien verurteilt sei, und daß ihre Aufgabe in nichts anderem als in der Ausarbeitung der Klassenunion liege. Die Deutung, die die Deutungswörter der Herren von Gamm, Stellmann, Professor Dahl, des Admirals von Scheer und des Herrn von Lossow haben eine einheitliche Linie dahin ergeben, daß die Deutsche Volkspartei mit den nun einmal geschaffenen Brüderstaaten zu rechnen und auf ihrem Bogen zu wirken gewillt ist. Die Deutsche Volkspartei kennt den von deutschnationaler Seite erfreuten und von Professor Spahn proklamierten Reichstag ab. Sie macht geltend, daß dann die Partei, die Bürger, die Proletarier das Stämmt für die vollen Kämpfe ausgewiesen wurde und daß bei der derzeitigen Lage wir dann nicht vorwärts, sondern nur leicht ins Stand läumen. Schon jetzt wäre ja ein solches Zulässigkeits unter dem Gesichtspunkte der kommenden Steuerpolitik. Gerade zu deren Belebung wird nach Ansicht der Deutschen Volkspartei ein Anknüpfen der auf dem Kompromissbundenden befindlichen Parteien notwendig sein, schon um zu verhindern, daß eine, nur nach den Verteilungswünschen orientierte Regelung mit allen ihrer verdeckbaren politischen und wirtschaftlichen Folgen herauftrete. Die Deutungswörter ihrerseits leben es rechtlich ab, eine Bedeutung in der gegenwärtigen Verhinderung abzulehnen, aber auch sie haben in München erklärt, daß sie trotz ihrer Oppositionsstellung jedoch an den Aufgaben des gegenwärtigen Staates mitarbeiten wollen. Sie müssen aber keinen Grund daraus, daß sie die Erfüllung dieser Aufgabe für unmöglich halten, und Dr. Seiffert wird so aus, daß die Macht der Deutschen Nationalen beispielweise an der Erfüllung des Ultimatums nicht verlangt werden könne, da eben nach deutschnationaler Meinung dieses Ultimatum überhaupt nicht zu erfüllen sei, daß niemand auf eine Befestigung des Ultimatums nur auf eine Reaktion des Verfassungsvertrages hingearbeitet werden müsse.

Unter diesen innerpolitischen Schwierigkeiten lebt natürlich die Wahrnehmung der Interessen des Reiches nach außen hin. Der Erzberger-Putsch und die politischen Vorgänge, die er zur Folge hatte, haben leider den Blick des deutschen Volkes von der größten Brüderstaatfrage, die es in diesen Tagen bewegen möchte, abgelenkt von der österreichischen Frage. Zu engerer Verbindung mit ihr steht in unverminderter Qualität das Problem der Aufhebung der Sanktionen. Gerade die wirtschaftliche Entwicklung der letzten Wochen hat wieder einmal gezeigt, wie die Erhaltung Österreichs beim Reich eine unabdingbare Voraussetzung für den deutschen Wiederaufbau ist. Die nationalen und politischen Erwartungen hinsichtlich Österreichs

(Eigener Drahtbericht der "Sächs. Volkszeitung")

Berlin, 8. September. Über die innerpolitische Lage äußerte sich der preußische Ministerpräsident Stegerwald in dem Blatte "Der Deutsche" u. a.:

Stegerwald über die Lage

(Eigener Drahtbericht der "Sächs. Volkszeitung")

Berlin, 8. September. Über die innerpolitische Lage äußerte sich der preußische Ministerpräsident Stegerwald in dem Blatte "Der Deutsche" u. a.:

Die gegenwärtige Lage sieht sehr verworren aus, läßt sich aber trocken auf einfache Formel bringen. Während die Sozialdemokratie um eine Stärkung der Linken kämpft, sieht sich das Zentrum und die Demokraten gegen eine Beteiligung der Mitte ein. Er hält die Stunde für eine Scheidung zwischen rechts und links für noch nicht gekommen und glaubt, eine starke Mitte für die nächsten Jahrzehnte als für eine deutsche Lebens- und Existenzfrage halten zu müssen. Eine Mehrheit der Rechten bedeute bis auf weiteres einen unerträglichen außenpolitischen Druck